

## **Beschluss**

**TOP II.12            Nationale Stelle zur Verhütung von Folter  
– Beteiligung der Zivilgesellschaft**

Berichterstatter:    Hamburg

1. Die Justizministerinnen und Justizminister sind sich darüber einig, dass zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Ernennung von Mitgliedern der Länderkommission der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter in Zukunft stärker berücksichtigt werden sollen.
2. Nichtregierungsorganisationen erhalten daher künftig Gelegenheit, der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister Kandidatinnen und Kandidaten für neu zu besetzende Stellen der Länderkommission vorzuschlagen.